

Friedrich Hartmann aus Schwäbisch Hall-Wackershofen (1841–1901)

Landtags- und Reichstagsabgeordneter der württembergischen Volkspartei*

VON HANS P. MÜLLER

Angeblich war das Leben im Hall des Kaiserreichs »im allgemeinen ... unpolitisch, zumindestens was das Parteiwesen betraf«¹. Diese Feststellung mag jedoch allenfalls für die Kommunalpolitik – und selbst da nicht generell – zutreffen. Landtags- und Reichstagswahlen im Kaiserreich ließen dagegen in Stadt und Land die politischen Wogen hochgehen. In geradezu modern anmutenden Wahlkämpfen wurden praktisch alle Themen der Landes- und Reichspolitik aufgeworfen und fanden ein lebhaftes Echo. Als politische Kontrahenten standen sich dabei bis zur Jahrhundertwende vor allem die nationalliberale Deutsche Partei und die linksliberale Volkspartei gegenüber, aber auch die junge Sozialdemokratie beteiligte sich – obwohl noch chancenlos – an den politischen Auseinandersetzungen.

Werdegang und politischer Standort

Einer der hervorragendsten einheimischen Repräsentanten des politischen Lebens jener Ära war der Wackershofener Landwirt Friedrich Hartmann. Für den Chronisten ist es jedoch schwierig, ein Bild dieses über seinen Tod hinaus weithin bekannten, heute jedoch vergessenen Politikers für die Zeit vor seiner politischen Karriere zu zeichnen, da kaum Quellen, geschweige denn ein Nachlaß, vorhanden sind.

Der am 24. Oktober 1841 in Gschlachtenbretzingen (Gemeinde Michelbach/Bilz) als Bauernsohn geborene Hartmann besuchte die nahegelegene Garnisonsschule Comburg. Nach dem frühen Verlust der Eltern absolvierte er eine praktische landwirtschaftliche Ausbildung – offenbar auf verschiedenen auswärtigen Höfen. 1865 – im Jahr seiner Heirat mit Rosine, geb. Buck – übernahm er das Gut eines gleichnamigen Onkels in Wackershofen (Gemeinde Gailenkirchen)².

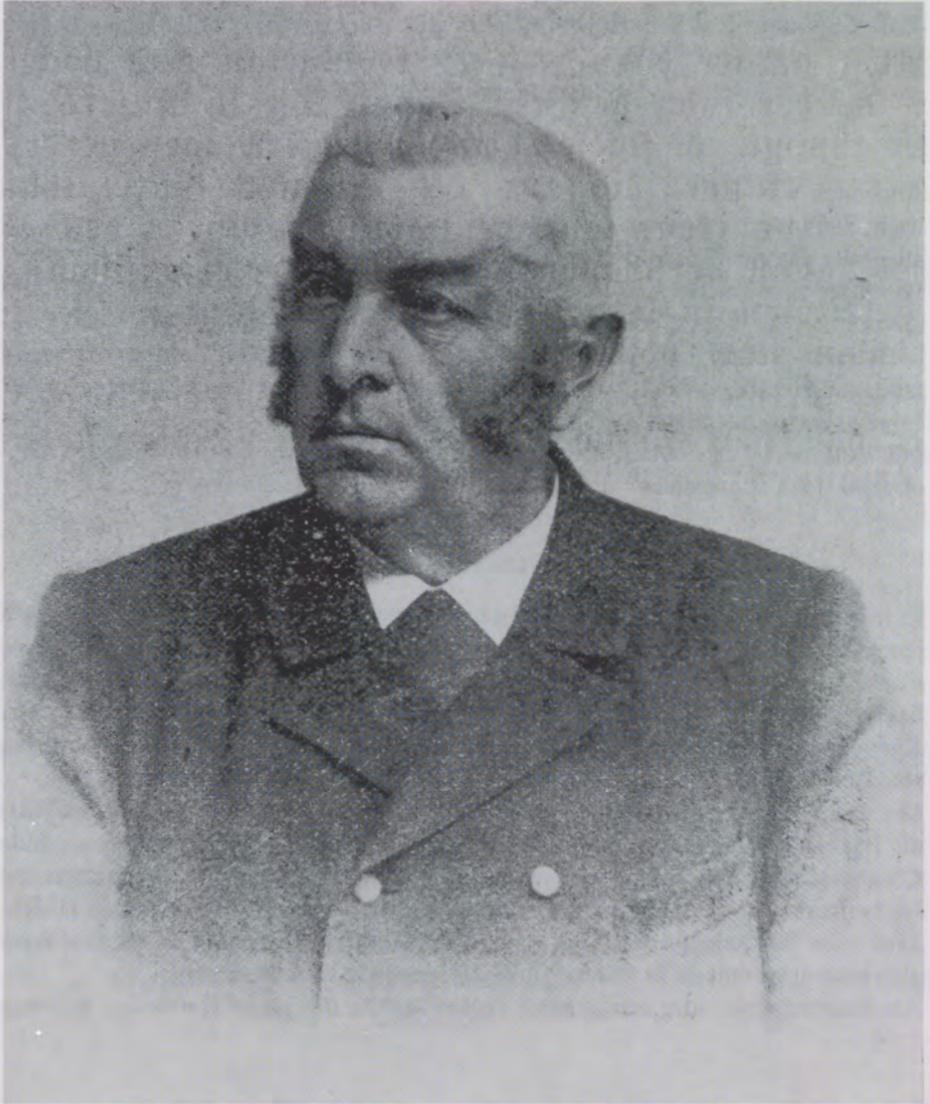
Als Besitzer einer »der stattlichsten Höfe«³ zählte der junge Hartmann automa-

* Vortrag im Hist. Verein f. Württ. Franken, gehalten am 2. Febr. 1990 in Schwäb. Hall.

1 K. Ulshöfer: Bilder aus Hall. Eine alte Stadt im Kaiserreich, Schwäbisch Hall 1976, S. 55.

2 Unsere Neue Kammer. Württembergischer Landtagsalmanach für 1895–1901, Stuttgart 1895, S. 29f., K. Schmidt-Buhl: Friedrich Hartmann-Wackershofen, in: Ders.: Schwäbische Volksmänner, Vaihingen a. E. o. J., S. 96–101, Hohenloher Freilandmuseum, Mitteilungen I, Schwäbisch Hall 1980, S. 75, Haller Tagblatt (HT) Nr. 139 v. 17. 6. 1901. Schmidt-Buhl (S. 97) und die Mitteilungen des Freilandmuseums gehen irrtümlich von einer Übernahme des väterlichen Hofgutes aus.

3 Hohenloher Freilandmuseum (wie Anm. 2), S. 68. Der 1865 gezahlte Kaufpreis für Gebäude, Äcker und Wald betrug 17000 Gulden. Gemeindearchiv Gailenkirchen B 387.



Friedrich Hartmann (1841–1901).

Reproduktion aus: Schmidt-Buhl (wie Anm. 2), S. 96

tisch zu den Honoratioren seiner neuen Heimatgemeinde; eine aktive Teilnahme am öffentlichen Leben lag so nahe. Schon frühzeitig exponierte er sich für zeitgemäße Reformen – und stieß dabei auf Unverständnis. Als er 1868 beim Oberamt Hall unter Kritik an der örtlichen Verwaltung darauf drängte, »die für jeden Einzelnen schädliche Einrichtung . . . der Gemeinderechte . . . aufzuheben«, stellte ihm der Gemeinderat ein charakteristisches Zeugnis aus: Hartmann sei »gewöhnnt, sich nicht in die Ordnung zu fügen« und suche »auf all'mögliche Weise Unzufriedenheit zu erwecken.« Seine Initiative war dennoch erfolgreich. 1869 wurden in Wackershofen die anachronistischen Realgemeinderechte, das Unfrieden stiftende Nebeneinander der politischen und der privatrechtlichen Gemeinde, aufgehoben⁴.

Über Jahrzehnte spielte Hartmann dann eine herausragende Rolle in der Gemeinde, getragen von den fortschrittlichen Kreisen seiner Mitbürger. Von 1872 bis Mitte der 1890er Jahre gehörte er dem Gailenkirchener Gemeinderat an⁵, seit 1876 war er Gesamtgemeindepfleger, also verantwortlich für das örtliche Finanz- und Rechnungswesen einschließlich der Verwaltung der Schulkasse. Mehrfach wiedergewählt, legte er dieses verantwortungsvolle Amt erst 1896 nieder⁶. Zeitweise war er zudem Kirchenpfleger⁷.

Schließlich bekleidete er weitere öffentliche Ehrenämter. Er war Mitglied des Ausschusses, d. h. des erweiterten Vorstands, des einflußreichen Landwirtschaftlichen Bezirksvereins, darüberhinaus mindestens seit den 1880er Jahren Aufsichtsratsmitglied der genossenschaftlichen Haller Gewerbebank⁸.

1885 zeichnete der Haller Oberamtmann ein aufschlußreiches Bild seiner Fähigkeiten und seiner politischen Überzeugung. Hartmann kandidierte bei der Schultheißenwahl in Gailenkirchen, verfehlte jedoch die Mehrheit. In seinem Wahlbericht an die Kreisregierung schilderte ihn der Oberamtmann als »zweifellos gewandter, energischer und kenntnisreicher« als den Wahlgewinner. Bedauernd fügte er jedoch hinzu, Hartmann taue »leider nicht zum Ortsvorsteher« wegen seiner »extrem demokratischen Richtung . . . , welche sich in stark agitatorischer Weise geltend macht«⁹.

Hartmann war also ein amtsbekannter Anhänger der Demokratie, d. h. der oppositionellen Volkspartei, die auf örtlicher Ebene in Volksvereinen organisiert war. Schon in jungen Jahren, mindestens seit 1870, war er dort aktiv. Im Sommer dieses Jahres meldete er als Vorsitzender dem Oberamt Hall die bereits im Februar erfolgte Gründung des Volksvereins Gailenkirchen. Dessen Statuten formulierten als Vereinsziel, »den Fortschritt und die föderative Einigung Deutschlands mit einer über den Einzelregierungen stehenden deutschen Centralgewalt und Parla-

4 Kreisarchiv Schwäb. Hall (KrA SHA) 1/100.

5 KrA SHA C 22/1.

6 Ebd.

7 Hohenloher Bote, Öhringen (HB), Nr. 130 v. 29. 10. 1891.

8 Landtagsalmanach (wie Anm. 2), HT Nr. 74 a v. 29. 3. 1890 (Wiederwahl in den Aufsichtsrat der Gewerbebank).

9 KrA SHA A 50/1.

ment in gesetzlich zulässiger Weise zu fördern«¹⁰. Diese Gründung erfolgte im Rahmen einer landesweiten Agitation gegen das württembergische Kriegsdienstgesetz, in deren Verlauf eine Anzahl weiterer Volksvereine ins Leben trat¹¹. Als »Geburtshelfer« fungierte der Volksverein Hall, der sich ebenfalls gegen das Gesetz ausgesprochen und zugleich zur Bildung ländlicher Zweigvereine aufgerufen hatte¹². Dementsprechend erging der Aufruf zur Gailenkirchener Vereinsgründung vom Ausschuß des Haller Vereins¹³. Wahrscheinlich war Hartmann dort bereits Mitglied – es lag also nahe, daß er den Vorsitz in seiner Heimatgemeinde übernahm.

Während der Gailenkirchener Verein jedoch keine nennenswerten Aktivitäten entfaltete, stellte der im Juni 1865 in Anknüpfung an die Bewegung von 1848/49 neugegründete Volksverein Hall¹⁴ für Jahrzehnte die politische Plattform des linksliberalen Bürgertums dar. Obwohl Quellen über die Hintergründe seiner Entstehung fehlen¹⁵, ist zu vermuten, daß der Haller Schreiner Christoph Schwend und der Stuttgarter Anwalt August Österlen zu den Vereinsinitiatoren gehörten. Österlen vertrat zwischen 1862 und 1876 das Oberamt Hall in der Stuttgarter zweiten Kammer und war eine der Zentralfiguren des württembergischen Linksliberalismus jener Jahre. Wie Schwend gehörte er 1864 dem Landeskomitee der neugegründeten württembergischen Volkspartei an¹⁶. Beide Männer waren zudem Aktivisten der Schleswig-Holstein-Bewegung¹⁷, Schwend vor allem auf lokaler Ebene¹⁸.

Um den politischen Standort des jungen Hartmann deutlich zu machen, sei aus den Statuten des Haller Volksvereins zitiert. Einleitend hieß es dort: »Der Volksverein besteht aus Männern, welche freisinnigen Bestrebungen huldigen.« (§ 1) Man habe sich zur Aufgabe gemacht, sowohl Angelegenheiten der Gemeinde als auch solche des württembergischen und deutschen Vaterlandes »in Berathung zu ziehen« (§ 2). Die Vereinsbeschlüsse sollten öffentlich »mit Gründen des Rechts und der Wahrheit« geltend gemacht werden, um so »bei allen Schichten das Bewußtsein der Menschenwürde und das Gefühl der Menschenliebe« zu wecken (§ 3). Dabei galt als oberster Grundsatz, »den Volkswillen zur Geltung zu bringen« (§ 4)^{18a}. Radikaldemokratisch in ihrer Zielsetzung, machte sich die Volkspartei und damit ihre Lokalorganisationen, die Volksvereine, »zwischen 1866 und 1870...

10 KrA SHA 1/509.

11 Vgl. dazu G. Runge: Die Volkspartei in Württemberg von 1864 bis 1871..., Stuttgart 1970, S. 48.

12 HT Nr. 43 v. 22. 2. 1870.

13 Ebd.

14 KrA SHA 1/509.

15 Zum allgemeinen Hintergrund vgl. Runge (wie Anm. 11), S. 40ff. In Unkenntnis der lokalen Quellen datiert Runge (S. 48) die Haller Gründung auf Juli/August 1865. Tatsächlich entstand der Haller Volksverein als einer der ersten in Württemberg.

16 Runge (wie Anm. 11), S. 36. Mit seinen politischen Freunden rief Hartmann zur Wiederwahl Österlens auf: HT Nr. 155 v. 5. 7. 1868, HT Nr. 279 v. 1. 12. 1870.

17 Zu Österlen vgl. Runge (wie Anm. 11), S. 33ff. u. passim.

18 Vgl. z. B. HT Nr. 268 v. 22. 11. 1863. Die Aktivitäten des Haller Schleswig-Holstein-Komitees sind im HT zwischen Nov./Dez. 1863 und Sommer 1864 dokumentiert.

18a KrA SHA 1/509.

zur Vorkämpferin des antipreußischen Widerstands gegen den Abschluß der preußisch-deutschen Nationalstaatsbildung¹⁹. Über den Haller Volksverein wissen wir, daß er 1867 etwa 300, 1870 noch etwa 140 Mitglieder zählte. Sie rekrutierten sich nach einem oberamtlichen Bericht zumeist aus dem »mittleren Gewerbestand, das gebildete Element (sei) gänzlich unvertreten«²⁰.

Bemerkenswert für den politischen Werdegang Hartmanns ist die für die späten 1860er Jahre zu konstatierende »Bundesgenossenschaft« (Runge) zwischen Volkspartei und Arbeiterbewegung. In Hall fungierte Christoph Schwend als Bindeglied zwischen Volksverein und dem 1864 gegründeten Arbeiterbildungsverein. Er gehörte zunächst beiden Organisationen an²¹, stellte sich jedoch später ganz auf die Seite der Sozialdemokratie²². Als das Oberamt Hall im Vorfeld des Sozialistengesetzes im Sommer 1878 Untersuchungen über einheimische Arbeiterorganisationen anstellte, erschien auch Hartmanns Name auf einer Mitgliederliste der örtlichen Arbeiterpartei²³. Jene scheinbare »Jugendsünde« sollte ihn Jahre später einholen. Während des Landtagswahlkampfes von 1895 (s. u.) war im Parteiblatt der württembergischen Sozialdemokraten seine frühere Parteimitgliedschaft behauptet worden. Hartmanns Stellungnahme vermittelt ein eindrucksvolles Bild seiner politischen Haltung: Er sei zu keiner Zeit Parteimitglied gewesen, als Freund von Christoph Schwend habe er diesem jedoch »Beiträge zur Unterstützung von bedürftigen, infolge des Sozialistengesetzes gemaßregelten Sozialdemokraten übermittelt«, zudem habe er früher das »sozialdemokratische Organ« bezogen²⁴. Diese Geste der Solidarität mit den Opfern der Bismarckschen Sozialistenverfolgung wurde – wie noch zu zeigen ist – von Hartmanns politischen Gegnern weidlich ausgenutzt.

Nachdem die Abschaffung der Lebenslänglichkeit gewählter Ortsvorsteher seit Jahren zu den Forderungen seiner Partei gehörte, lieferte Hartmann vor der Gailenkirchener Schultheißenwahl von 1895 ein Beispiel für Prinzipientreue. Im Verein mit anderen Wählern setzte er durch, daß sich die Kandidaten verpflichteten, nach sechsjähriger Amtszeit zu einer Neuwahl anzutreten. Der Gewählte bestätigte auf oberamtliche Befragung diese Verpflichtung. Ohne Verständnis für das politische Wollen Hartmanns begründete er sein Einverständnis als taktischen Schachzug – man habe so eine Kandidatur des »eigenmächtigen« Hartmann verhindert²⁵.

Immer wieder vertrat Hartmann die Belange der Volkspartei. Anläßlich der Reichstagswahl von 1881 gehörte er dem »Central-Wahl-Comité« für den bisherigen Abgeordneten v. Bühler an^{25a}. Im Februar 1890, während eines heißen

19 Runge (wie Anm. 11), S. 115.

20 KrA SHA 1/519.

21 H. P. Müller: Vom Arbeiterbildungsverein zur Sozialdemokratie. Die Haller Arbeiterbewegung..., in: WFr Bd. 72, 1988, S. 199f.

22 Ebd., S. 203.

23 KrA SHA 1/510. Wie diese Liste erstellt wurde geht allerdings nicht aus den Akten hervor.

24 HT Nr. 13 v. 16. 1. 1895.

25 KrA SHA A 50/1.

25a Programm v. Bühler: Stadtarchiv SHA (Kapselschriften I, HV).

Reichstagswahlkampfes zwischen dem Kandidaten der Volkspartei, Galler, und dem seitherigen Mandatsinhaber, dem Nationalliberalen Julius Leemann, griff er in die vor allem zollpolitischen Auseinandersetzungen ein. Die Anhänger Leemanns zielten vornehmlich darauf, »die Ansichten der Volkspartei über die Zölle zum Angriffspunkt (zu) machen«²⁶. Eine Fülle anonymer Artikel pries Leemann als Mann, der schon »seither für den Schutz der Landwirtschaft . . . mannhaft im Reichstag eingetreten« sei²⁷. In der Tat hatte er sich dort mehrfach als Anhänger der Schutzzollpolitik geäußert²⁸.

Mit offenem Visier, d. h. in drei namentlich gezeichneten Artikeln, setzte sich Hartmann mit den anonymen Wahlkämpfern auseinander. Ausführlich suchte er seinen bäuerlichen Standesgenossen zu beweisen, daß die Getreidezölle den kleinen Landwirten Süddeutschlands schaden: »Der ganze Vorteil fließt den Großgrundbesitzern zu, diese wohnen fast alle in Norddeutschland und sind durch diesen Zoll mehr konkurrenzfähig gemacht.« Die derzeitige Gesetzgebung habe bewirkt, daß etwa Roggen und Weizen aus Norddeutschland »in riesigen Mengen« auf den süddeutschen Markt strömten und dem einheimischen Bauernstand »die gefährlichste Konkurrenz« machten. Gleichermaßen wirke sich auch der Viehzoll aus²⁹.

In einer weiteren Zuschrift kritisierte Hartmann die Besteuerung von Zucker und Branntwein als einseitige Bevorzugung der norddeutschen Großgrundbesitzer. Diese könnten nicht nur billiger als die Bauern Süddeutschlands produzieren; auf den zumeist mit Zuckerfabriken oder Großbrennereien verbundenen norddeutschen Gütern kämen zudem deren Abfallstoffe einer intensiven Mastwirtschaft zugute. Dies habe zur Folge, daß auch die früheren Absatzmärkte für süddeutsches Fettvieh nunmehr »zum großen Teil« von Norddeutschland »beherrscht« würden. Er beklagte, daß in der Steuergesetzgebung »dem süddeutschen Bauern ein erdrückender Konkurrent« geschaffen worden sei und fragte rhetorisch, warum »immer nur der kleine Mann« den größten Teil der Lasten tragen solle. »Man schreite einmal zu einer gerechteren Steuerverteilung und lege die Last auf kräftigere Schultern!« Hartmann betonte, die Folgen der kritisierten Zoll- und Steuerpolitik »am eigenen Leib« verspürt zu haben. Im Gegensatz zu den anonymen »Schriftgelehrten« trete er daher auch unter seinem Namen auf. Auf einen Vorwurf der Verhetzung konterte er: »Daß ich aber nicht der Mann bin, der sich gegen seine Ueberzeugungen und gegen sein eigenes Interesse zu etwas ›verhetzen‹ läßt, . . . werden alle glauben, die mich kennen. Die ›Verhetzung‹ scheint mir mehr auf der andern Seite zu sein«³⁰. Hartmanns engagiertes Plädoyer für Steuergerechtigkeit und gegen die Schutzzollpolitik hatte nicht nur seine profunden Sachkenntnisse deutlich gemacht, er war auch als Sachwalter der einheimischen Landwirte

26 HT Nr. 37 v. 14. 2. 1890.

27 HT Nr. 40 v. 18. 2. 1890.

28 S. Layer: Julius von Leemann . . . , in: Württembergischer Nekrolog für das Jahr 1913, Stuttgart 1916, hier S. 107.

29 HT Nr. 38 v. 15. 2. 1890.

30 HT Nr. 40 v. 18. 2. 1890. Ein weiterer Artikel Hartmanns in HT Nr. 41 v. 19. 2. 1890.

aufgetreten. Daß er diesen kein Unbekannter war, läßt sich aus seiner selbstbewußten Schlußaussage ablesen.

Bevor Hartmanns Eintritt in die »große Politik« behandelt wird, soll ein kurzer Blick auf die Volkspartei um 1890 seinen politischen Standort verdeutlichen. Die Partei rekrutierte ihre Anhänger vor allem in den Kreisen des kleinen und mittleren Bürger- und Bauertums. Das Sprachrohr der württembergischen Regierung, der »Merkur«, bezeichnete ihre Klientel spöttisch als die »Halbgebildeten«³¹. Die Volkspartei war föderalistisch, drohte doch nach ihrer Einschätzung permanent eine »Verpreußung« sowohl des Reiches als auch Württembergs. Nach ihrer großdeutschen Option von 1864/66 war die Versöhnung mit dem Bismarckreich mehr ein Akt der Vernunft als der Überzeugung. Das Selbstverständnis als Opposition blieb im Reichstag erhalten, in Württemberg sollte es sich seit Mitte der 1890er Jahre allmählich wandeln³².

Neben ihrem traditionsreichen Parteiblatt, dem »Beobachter«, publizierte die Volkspartei seit 1889 alljährlich einen »Volkskalender«, den populär gehaltenen »Wegweiser«. Mit zwanzig Pfennig wohlfeil und in hoher Auflage gedruckt, erreichte er die eigentlichen Wähler und präsentierte ihnen Arbeit und Standpunkt der Partei, zusammen mit volkstümlichen Abhandlungen, Romanen und landwirtschaftlichen Informationen. Karikaturen der »Herren«, des Adels oder der Militärs dürften auf breite Zustimmung gestoßen sein. Zwei Zitate aus dem »Wegweiser« charakterisieren prägnant die Stellung der Partei. In einem Artikel zum Reichstag wurde 1890 der eigene Patriotismus in Kontrast zu dem der »Herrschenden« dargestellt: »Die Volkspartei will nicht umstürzen, sondern aufbauen das Recht des Volks; sie ist nicht gegen das Reich, sondern immerdar für die Einigkeit ... gewesen schon anno 48, aber immer gegen ein Junkerregiment; sie liebt ihr deutsches Vaterland so innig wie die Herrenpartei, und gerade weil sie es liebt, streitet sie für die Vermehrung seiner Freiheit und Wohlfahrt ...«³³. Im Folgejahr zog man ein Fazit der Bismarck-Ära, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ: »Elf Jahre nutzlosen »Kulturkampfs«, zwölf Jahre verhetzender Arbeiterverfolgung; die Ächtung jeder freiheitlichen, jeder selbständigen Mannesüberzeugung als »Reichsfeindschaft«, der amtliche Wahlterrorismus und die Herabdrückung der Beamten zu Parteigängern, das waren im Inneren Deutschlands die Früchte der »eisernen Politik««³⁴.

31 *J. C. Hunt: The People's Party in Württemberg and Southern Germany, 1890-1914...*, Stuttgart 1975, S. 45.

32 Zum Vorangehenden ausführlich *Hunt* (wie Anm. 31) und *K. Simon: Die württembergischen Demokraten ... 1890-1920*, Stuttgart 1969.

33 *Der Wegweiser: Ein Volkskalender aus Schwaben*, Stuttgart 1890, S. 34.

34 *Der Wegweiser ... 1891*, S. 18.

Landtags- und Reichstagswahlen 1891

Im Sommer 1891 wurde der Öhringer Abgeordnete Leemann als Professor an die Universität Tübingen berufen. Der bisherige Landwirtschaftsinspektor galt als Berühmtheit in landwirtschaftlichen Kreisen. 1881 hatte er den »Verband landwirtschaftlicher Kreditgenossenschaften Württembergs« ins Leben gerufen, er fungierte als landwirtschaftlicher Sachverständiger und war sowohl Vorstand des landwirtschaftlichen Bezirksvereins Heilbronn als auch des entsprechenden Gauverbandes. Der nationalliberalen Partei angehörend, vertrat er seit 1877 den Bezirk Öhringen in der zweiten württembergischen Kammer und war zudem seit 1884 Reichstagsabgeordneter im 11. württembergischen Wahlkreis, der die Bezirke Backnang, Hall, Öhringen und Weinsberg umfaßte. Im Reichstag war er mehrfach – wie erwähnt – für Getreideschutzzölle eingetreten³⁵. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß Leemann die durch seine Berufung erforderlichen Ersatzwahlen nicht fürchten mußte, zumal er bisher mit überzeugenden Ergebnissen abgeschnitten hatte.

Im August 1891 wußte das Haller Tagblatt zu berichten, daß sich die Volkspartei um die Gewinnung Hartmanns als Gegenkandidaten bemühe. Das Blatt kommentierte, der Wackershofer Ökonom sei »nicht allein politisch von anerkanntem und erprobten Freisinn«, er habe sich auch in der Agrarpolitik »von Illusionen freigehalten und ... dadurch das Vertrauen eines charaktervollen Mannes ... erworben«³⁶. Anfang Oktober gab Hartmann »einer größeren Abordnung« des Öhringer Volksvereins seine Zusage, wenig später nominierten ihn Vertrauensmänner-Versammlungen in Öhringen und Kupferzell zum Landtagskandidaten und läuteten damit den Wahlkampf ein³⁷. Obwohl Hartmann in seinem Programm-Aufruf versicherte, weder »auf einem einseitigen Parteistandpunkt« noch auf »prinzipieller Opposition« zu beharren, präsentierte er klassische volksparteiliche Forderungen. Das »Wohl des Volkes« sei »nicht in Bevormundung, sondern in der Entfaltung der gesunden bürgerlichen Regungen« zu suchen. Eine Wahrung der Reichsverfassung war ihm ebenso wichtig wie die Erhaltung der Rechtsstellung Württembergs innerhalb des Reiches. Als Anhänger des allgemeinen und geheimen Stimmrechts sprach er sich für die Wiedereinführung von Wahlumschlägen aus. Unter Betonung der volksparteilichen Bestrebungen um eine Verfassungsrevision in Württemberg forderte er die »reine Volkskammer« ohne Privilegierte; die erste Kammer sei nicht mehr »zeitgemäß«. Während er für »weise Sparsamkeit« des Staates plädierte, wollte er die Änderung der Steuergesetze »im Sinne stärkerer Heranziehung der hohen Vermögen und größerer Entlastung der Schwachen«³⁸.

35 S. Layer (wie Anm. 28), S. 105ff.

36 HT Nr. 187 v. 13. 8. 1891.

37 HB Nr. 126 v. 20. 10. 1891.

38 HB Nr. 127 v. 22. 10. 1891.

Ende Oktober setzte dann ein heftiger Wahlkampf mit Versammlungen beider Kandidaten und zahlreichen Wahlaufrufen ein. Hartmanns Wahlkomitee prangerte Wahlbeeinflussungen an und versicherte, daß niemand Angst vor seinem Brotherren haben müsse. Den »Männern in Amt und Würden«, die durch ungesetzliche Unterschriftslisten für Leemann die kleinen Leute unter Druck setzten, drohte es eine Wahlanfechtung an³⁹. Die Nationalliberalen verurteilten Hartmanns Haltung in der Kornzollfrage und griffen zu maßlosen persönlichen Verunglimpfungen. Er sei ein »verkappter oder offener Sozialdemokrat« der in Wackershofen schon August Bebel beherbergt habe. Zur Volkspartei sei er nur getreten, weil »für die Sozialdemokratie bei uns noch kein Boden ist«. Mit den Vorwürfen, ein »ausgesprochener Atheist« zu sein, seit Jahren keine Kirche mehr zu besuchen und »unseren Luther« u. a. als »meineidigen Gesellen« bezeichnet zu haben, suchten sie Hartmann als nicht wählbar zu diffamieren. Die mehr als parteiische Redaktion des Hohenloher Boten offerierte »Beweise« für diese Behauptungen⁴⁰. Diese Verleumdungen, gegen die Hartmann gerichtliche Schritte ankündigte⁴¹, blieben jedoch ohne die erhoffte Wirkung. Die Wahl am 3. November brachte ein geradezu sensationelles Ergebnis, Hartmann erhielt mehr als die doppelte Stimmenzahl Leemanns⁴². Der von beiden Seiten bis zur »wahren Erbitterung« geführte Wahlkampf zähle »zu den heißesten«, die je geführt worden seien hieß es im Haller Tagblatt. Mit ein Grund für den Umschwung sei die ländliche Unzufriedenheit über die Kosten der neuen Sozialversicherung gewesen. Für das Blatt stand fest, daß der Wahlausgang auch die kommende Reichstagswahl beeinflussen würde⁴³.

Im Oberamt Öhringen lief der Wahlkampf weiter. Dazu gehörte etwa ein volksparteiliches »Freudenfest« in der Oberamtsstadt, auf dem über dreihundert Anhänger zusammen mit Hartmann und in Anwesenheit Friedrich Haußmanns den Erfolg feierten⁴⁴. Haußmann hatte ebenso wie sein Parteifreund Payer Hartmann bei Wahlveranstaltungen unterstützt⁴⁵; Payer dabei erklärt, daß ihm ein Bauer wie Hartmann lieber sei »als (ein) ganzer akademischer Senat«⁴⁶.

Bereits im Oktober – also vor der Öhringer Landtagswahl – hatte Hartmann einer Delegation von Vertrauensmännern aus den vier den 11. Reichstagswahlkreis bildenden Oberämtern seine Bereitschaft zur Kandidatur auch für den Reichstag erklärt. War damals noch ein »harter und heißer Wahlkampf« zu erwarten⁴⁷, bewog der Ausgang der Landtagswahl Leemann, auf eine Reichstagskandidatur zu

39 HB Nr. 130 v. 29. 10. 1891.

40 HB Nr. 131 v. 31. 10. 1891.

41 HT Nr. 263 v. 10. 11. 1891.

42 Ebd.

43 HT Nr. 259 v. 5. 11. 1891.

44 HT Nr. 265 v. 12. 11. 1891.

45 HB Nr. 126 v. 20. 10. 1891.

46 HT Nr. 252 v. 28. 10. 1891.

47 HT Nr. 242 v. 16. 10. 1891.

verzichten⁴⁸. Der Deutschen Partei gelang es nicht mehr, einen neuen Kandidaten zu finden; sie forderte daher ihre Anhänger zur Stimmenthaltung auf⁴⁹. Lediglich die Sozialdemokraten nominierten einen – chancenlosen – Gegenkandidaten⁵⁰.

Ungeachtet des sicheren Mandatsgewinns nahm Hartmann in den übrigen Bezirken den Wahlkampf auf. Ziel müsse ein überzeugendes Votum sein; auch »lässigere Freunde« wurden zur Stimmabgabe aufgefordert⁵¹. Auf einer gut besuchten Veranstaltung in Hall bat er »als Mann aus dem Volke« um Nachsicht dafür, daß Reden für ihn keine »alltägliche Beschäftigung« darstellten. Dennoch sehe er sich durch ständige Beschäftigung mit Tagesfragen, durch Erfahrungen im Beruf wie im öffentlichen Leben durchaus in der Lage, im Reichstag namentlich bei ökonomischen oder praktischen Themen mitzuwirken. Selbstbewußt und überzeugend begründete er seinen politischen Standort. Der Volkspartei gehöre er an⁵², weil deren Prinzipien seit 1848 »diejenigen gewesen seien, die dem Volke am meisten dienen.« Seine Partei wache heute über »bedrohte Volksrechte« und strebe gleichzeitig, diese zu erweitern. Entgegen den Behauptungen ihrer Gegner sei sie keine Partei des Umsturzes. »Wir haben nur das Herz, zeitgemäße Reformen zu fordern«; deren Notwendigkeit beweise die Gegenwart. Wahlrecht und -praxis gaben ihm Anlaß zur Kritik. Das Wahlgeheimnis ohne Umschläge nannte er illusorisch, die praktizierte »amtliche Wahlbeeinflussung« schien ihm unerträglich. Durch fehlende Diäten für Reichstagsmitglieder sei ein Mandat für Angehörige seines Standes ein ausgesprochenes Opfer, folglich präsentierten sich den Wählern zumeist nur »Beamte oder reiche Leute«.

Hartmann plädierte für eine Verkürzung der Wehrpflicht, sprach sich für die Öffentlichkeit von Militärgerichtsverfahren aus und betonte die Notwendigkeit eines friedlichen Ausgleichs in der sozialen Frage. Die Alters- und Invaliditätsgesetze erschienen ihm zu teuer und zu bürokratisch. Sich gegen die Bevorzugung einzelner Gruppen wendend, versprach er, sowohl für die Interessen der Landwirte als auch des Gewerbe- und Handelsstandes einzutreten. Den Regierungskurs der Handelsverträge mit dem Ausland werde er unterstützen – diese seien »notwendige Konsequenz« politischer Verträge und damit im Interesse der »Sicherheit Deutschlands«. Abschließend forderte er die Senkung der Kosten im Rechtswesen, »größte Sparsamkeit« im Reichshaushalt etwa durch Herabsetzung der »übermäßigen Offizierspensionen« sowie eine steuerliche Entlastung der kleinen Bauern. Die Volksnähe seines Programms wurde erneut durch die Forderung nach Steuergerechtigkeit, nach einer »stärkeren Heranziehung der ... überhohen Einkommen und der großen Vermögen in progressiven Sätzen« unterstrichen. Hartmanns

48 Leemanns Biograph verschweigt pietätvoll die Öhringer Wahlniederlage und spricht nur von einem Mandatsverlust durch die Ernennung zum Professor. *S. Loyer* (wie Anm. 28), S. 111.

49 HB Nr. 140 v. 21. 11. 1891.

50 HT Nr. 267 v. 14. 11. 1891.

51 HT Nr. 273 v. 21. 11. 1891.

52 Hartmann war seit 1884 auch Mitglied der in Frankfurt/Main domizilierenden reichsweiten Parteiorganisation, der Deutschen Volkspartei. Die Mitgliedschaft wurde dem Oberamt Hall durch den Frankfurter Polizeipräsidenten avisiert. KrA SHA 1/509. Zur polizeilichen Beobachtung der Volkspartei vgl. auch *Hunt* (wie Anm. 31), S. 60f.

Ausführungen und der Erklärung, dem »ehrvollen Rufe« weder aus Ehrgeiz noch um persönlicher Vorteile willen nachzukommen, folgten »lebhaftes Beifallsbezeugungen«. Sein Parteifreund Conrad Haußmann beglückwünschte die Wähler zu einem Mann, der sich »aufs tiefste den Zusammenhang mit den Gefühlen und Empfindungen des Volkes ... bewahrt habe«⁵³.

Nach einer Reihe weiterer Wahlveranstaltungen in den Bezirken Hall und Backnang mußte Hartmann Auftritte im Oberamt Weinsberg absagen; die Ärzte konstatierten einen Magenkatarrh »infolge zu großer Anstrengung«⁵⁴. Dennoch fiel das Wahlergebnis des 23. November überzeugend aus. Zwar lag die Wahlbeteiligung unter 50 Prozent, von etwa 9600 Abstimmenden hatten jedoch 7771 Wähler für Hartmann votiert⁵⁵. Eine Festversammlung in Hall mit Abordnungen aus den vier Oberämtern sowie Vertretern des Landeskomitees der Volkspartei feierte den wiedergewählten Abgeordneten und bedankte sich für seinen Einsatz⁵⁶. Der Sieg des einfachen Landwirtes über den bekannten und profilierten Leemann war ein politisches Ereignis ersten Ranges, hatten doch Beobachter Leemanns Reichstags-sitz als ungefährdet angesehen⁵⁷. Conrad Haußmann konstatierte den Anfang eines politischen Umschwungs: »Die ganze politische und wirtschaftliche Schattierung«, insbesondere die Schutzzollpolitik, die Leemann repräsentierte, »habe den Kredit bei der Bevölkerung verloren«⁵⁸.

Wahlkämpfe 1893–1898

Nach der Ablehnung ihrer Militärvorlage schrieb die Reichsregierung zum 15. Juni 1893 vorzeitige Neuwahlen zum Reichstag aus. Eine Versammlung der Volkspartei bedankte sich im Mai bei den württembergischen Reichstagsabgeordneten für »treue Mandatserfüllung«, vor allem für die Ablehnung der Militärvorlage. »Auf stürmisches Verlangen der Delegierten« nahm Hartmann zusammen mit seinen Kollegen ein neues Mandat an⁵⁹, wenig später versprachen die volksparteilichen Vertrauensmänner des 11. Wahlkreises, ihn »mit allen Kräften zu unterstützen«⁶⁰. Etwa gleichzeitig nominierte die Deutsche Partei den parteilosen Weinsberger Ökonomierat Mühlhauser als Gegenkandidaten⁶¹, auch die Sozialdemokraten und das Zentrum kündigten – allerdings chancenlose – Bewerber an⁶².

Der mit Wahlversammlungen in den vier Oberämtern und einer lebhaften Zeitungskampagne geführte Wahlkampf verlief nach einem Presseurteil »in ruhiger

53 Zum Vorangehenden: HT Nr. 263 v. 10. 11. 1891.

54 HT Nr. 272 v. 20. 11. 1891.

55 HT Nr. 277 v. 26. 11. 1891.

56 HT Nr. 287 v. 8. 12. 1891.

57 HT Nr. 187 v. 13. 8. 1891.

58 HT Nr. 263 v. 10. 11. 1891.

59 HT Nr. 112 v. 16. 5. 1893.

60 HT Nr. 117 v. 21. 5. 1893.

61 Ebd.

62 HT Nr. 124 v. 31. 5. 1893.

Weise⁶³. Hartmann versprach in einer kurzen Programmanzeige, erneut gegen die Militärvorlage zu stimmen und sich für die Einführung der zweijährigen Dienstzeit einzusetzen. Eine »Ersparnis an militärischen Luxusausgaben« lag ihm ebenso am Herzen wie eine verbesserte Militärjustiz; der »Schutz gegen Soldatenmißhandlungen«. Er forderte eine Reform der Strafjustiz, die »Verhinderung absolutistischer Bestrebungen«, eine Einführung von Abgeordneten-Diäten und plädierte erneut für eine Steuerpolitik, die die »Erhaltung der wirtschaftlichen Kräfte des Mittelstandes« zum Ziel haben müsse. Sein Ruf nach einer »Bekämpfung aller Monopolgelüste« sowie die Ablehnung »der nutzlosen und daher verschwenderischen Kolonialpolitik«⁶⁴ zeigen, daß er mit seiner Partei in einer Fundamentalopposition zur Politik des Wilhelminischen Reiches stand.

Mühlhauser suchte sich in seinen Reden und mit einer aufwendigen Anzeigenkampagne als Mann des Ausgleichs darzustellen. Im Reichstag würde er sich zwar den Nationalliberalen anschließen, »blindem Parteigeist« sei er jedoch abhold. Da er in der Militärfrage für eine »mäßige Vermehrung der Armee« plädierte⁶⁵, warben seine Anhänger um die Stimmen derjenigen, die einen »maßvollen Vergleich einem unseligen Streit mit der Regierung« vorzögen⁶⁶. Während Hartmanns Wahlkomitee vor den Versuchen einer »künstlichen Erregung von Kriegsfurcht« warnte⁶⁷, instrumentalisierten seine Gegner dieses Thema. Wer dazu beitragen wolle, »den Frieden zu erhalten oder den Sieg zu sichern« müsse Mühlhauser wählen⁶⁸. Dessen Haltung in der Zollfrage – er sprach sich gegen weitere Opfer der Landwirte, d. h. eine Herabsetzung der Getreidezölle aus⁶⁹ – fand die Zustimmung des neugegründeten »Bundes der Landwirte«⁷⁰ und führte zu dessen aktiver Unterstützung⁷¹. Im Bezirk Öhringen forderten zudem Pfarrer zu seiner Wahl auf⁷²; der Ortsgeistliche von Untermünkheim polemisierte in »persönlich verletzender« Weise gegen Hartmann⁷³.

Trotzdem zeichnete sich während des Wahlkampfes bereits ein hervorragendes Abschneiden Hartmanns ab. Aus Untermünkheim wurde berichtet, der Ort habe »wohl noch nie« eine so zahlreiche und lebhaftige Versammlung erlebt⁷⁴, ein Auftritt in Ilshofen wurde als »imposante Kundgebung« charakterisiert⁷⁵, in Mainhardt begrüßte man ihn »mit Jubel«, sein Vortrag wurde von »anhaltenden Bravos« unterbrochen und mit »fast nicht enden wollenden Hochs« quittiert⁷⁶.

63 HT Nr. 131 v. 8. 6. 1893.

64 HT Nr. 127 v. 3. 6. 1893.

65 HT Nr. 121 v. 27. 5. 1893.

66 HT Nr. 136 v. 14. 6. 1893.

67 Ebd.

68 HT Nr. 137 v. 15. 6. 1893.

69 HT Nr. 121 v. 27. 5. 1893.

70 HT Nr. 122 v. 28. 5. 1893.

71 HT Nr. 137 v. 15. 6. 1893.

72 Ebd.

73 HT Nr. 136 v. 14. 6. 1893.

74 Ebd.

75 HT Nr. 118 v. 24. 5. 1893.

76 HT Nr. 135 v. 13. 6. 1893.

Auch in den übrigen Oberämtern war man seiner Wiederwahl sicher⁷⁷. Tatsächlich konnte Hartmann bei einer knapp 72 %igen Wahlbeteiligung ein geradezu triumphales Ergebnis erzielen. Während auf ihn 9938 Stimmen entfielen, votierten nur 4810 Wähler für Mühlhauser. Die SPD erhielt 890, das Zentrum nur 283 Stimmen⁷⁸. Hartmann bekam in den Bezirken Hall und Backnang etwa die doppelte, in Öhringen beinahe die dreifache Stimmenzahl Mühlhausers. Lediglich in dessen Heimatbezirk Weinsberg fiel der Vorsprung geringer aus⁷⁹. Gleichzeitig hatte die Volkspartei einen landesweiten Erfolg errungen, waren doch zehn der siebzehn württembergischen Reichstagsmandate an sie gefallen⁸⁰.

Die Landtagswahlen vom 1. Februar 1895 sollten die letzte Kandidatur Hartmanns bringen. In Übereinstimmung mit seinen Öhringer Parteifreunden wollte er sich erneut um das dortige Mandat bewerben. Zum Jahreswechsel 1894/95 ergab sich jedoch eine neue Situation. In Öhringen war ein Parteiloser als gemeinsamer Kandidat von Volkspartei und Deutscher Partei nominiert worden; ein Schachzug, gegen den sich die Anhänger Hartmanns vergeblich wehrten⁸¹. Damit war Hartmanns in Öhringen gegebene Zusage hinfällig. Nachdem sein Parteifreund, der bisherige Haller Abgeordnete Haigold⁸², aus Altersgründen auf eine weitere Kandidatur verzichtet hatte, trug der Haller Volksverein Hartmann das Mandat seines Heimatbezirks an⁸³. Hier war inzwischen ein ernstzunehmender Gegenkandidat, der Haller Apotheker Blezinger, angetreten. Dieser präsentierte sich zwar als Parteiloser; als Vertreter der Honoratiorenschicht bestand jedoch an seiner Nähe zur Deutschen Partei kein Zweifel. Blezinger berief sich auf »vielseitige Aufforderungen«⁸⁴; diese dürften vor allem aus den Reihen der leitenden Beamten sowie aus den Kreisen der führenden städtischen Kaufleute gekommen sein, stand doch Blezinger an der Spitze des einflußreichen Gewerbevereins. Wiederum präsentierten die Sozialdemokraten und das Zentrum eigene Kandidaten⁸⁵.

Der das »Ueberhandnehmen eines einseitigen Parteigeistes« monierende Blezinger versprach, im Landtag keiner Fraktion beizutreten und verkündete ein Programm, in dem zahlreiche Forderungen Hartmanns enthalten waren. So wollte er für Hilfe an die »notleidende Landwirtschaft« und die »bedrängten Gewerbe« eintreten, sich für eine stärkere Besteuerung größerer Einkommen einsetzen, auch das »Wohl der arbeitenden Klasse« lag ihm am Herzen. Er sprach sich ferner gegen die Privilegierten in der zweiten Kammer sowie für die Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher aus⁸⁶.

77 HT Nr. 131 v. 8. 6., Nr. 136 v. 14. 6. 1893.

78 Statistisches Jahrbuch für ... Württemberg 1893, Stuttgart 1893, S. 136.

79 HT Nr. 140 v. 18. 6. 1893.

80 Hunt (wie Anm. 31), S. 62.

81 HT Nr. 26 v. 31. 1. 1895.

82 Vgl. H. P. Müller: Johann Haigold aus Schwäbisch Hall-Tüngental (1817–1903) ..., in: WFr Bd. 73, 1989, S. 179ff.

83 HT Nr. 3 v. 4. 1. und Nr. 7 v. 9. 1. 1895.

84 HT Nr. 8 v. 10. 1. 1895.

85 HT Nr. 10 v. 12. 1. und Nr. 26 v. 31. 1. 1895.

86 HT Nr. 13 v. 16. 1. 1895.

Hartmann setzte sich während einer Versammlung mit Blezingers Parteilosigkeit auseinander. Bei der Erörterung konkreter Fragen müsse man ohnehin Stellung beziehen, »warum sollte man denn nicht Farbe bekennen?« Er gab zu bedenken, daß sich die Deutsche Partei zwar inzwischen populäre Forderungen der Volkspartei zu eigen gemacht habe – Blezingers Programm war dafür ein Beispiel –, »aber im Parlament zeige sich dann, daß zwischen Halten und Versprechen ein großer Unterschied« liege. Hartmanns mit großem Beifall aufgenommener Vortrag stellte eine landes- und reichspolitische tour d'horizon dar; seine Wähler sollten sich ein Bild von den Zielen und Bemühungen der Volkspartei machen. Er kritisierte den Kurs der württembergischen Regierung etwa in der Frage der gescheiterten Verfassungsrevision; hier habe nur seine Partei für die »reine Volkskammer« gekämpft. Neben längeren Ausführungen zum deutsch-russischen Handelsvertrag – sie werden noch behandelt – übte er Kritik an den Auswüchsen der Reichspolitik, dem Militarismus mit seinen anhaltenden Ausgabensteigerungen für Heer und Marine⁸⁷.

Während Hartmanns Anhänger polemisch gegen die »Honoratioren«-Kandidatur Blezingers agitierten und diesen als »politische Null« bezeichneten⁸⁸, suchten Blezingers Wahlhelfer Hartmann mit der Behauptung zu diskreditieren, man habe ihm die Öhringer Kandidatur wegen seiner freihändlerischen Reichstagsrede (s. u.) entzogen⁸⁹. Der hart geführte Wahlkampf endete mit einem Patt: Die Sozialdemokraten erzielten 211, das Zentrum 173 Stimmen, 1932 Wähler votierten für Hartmann, 1737 für Blezinger. Letzterer hatte in Hall die Mehrheit errungen, Hartmanns Stimmen kamen überwiegend aus den Landorten⁹⁰. Dieses Ergebnis machte eine Stichwahl zwischen den Erstplazierten notwendig.

Die Anhänger Blezingers beschworen nun die »Interessengemeinschaft zwischen Stadt und Land«⁹¹; in einem Flugblatt an die Landbevölkerung bezeichneten sie den Freihändler Hartmann als »Gegner der Landwirtschaft«⁹². Ein Aufruf der Sozialdemokraten, für Hartmann als dem eigenen Programm »am nächsten« stehend zu votieren, war ihnen ein »deutlicher Fingerzeig«⁹³. Demgegenüber warben die Freunde Hartmanns um die städtischen Wähler⁹⁴. Schließlich plädierte sein Landtagskollege Haigold warm für ihn: Mit seinen Abstimmungen, durch Reden und Taten habe er sich für die Interessen des Volkes eingesetzt, dessen »Beschwerden und Mühsale« er von Jugend an kenne. Zugleich wandte sich Haigold gegen das »politische Versteckspiel« des unerfahrenen Blezinger⁹⁵. Das Ergebnis der Stichwahl vom 14. Februar 1895 war deutlich: Hartmann erzielte

87 HT Nr. 13 v. 16. 1. und Nr. 14 v. 17. 1. 1895.

88 HT Nr. 24 v. 29. 1. 1895.

89 HT Nr. 26 v. 31. 1. 1895. Für Hartmanns Beliebtheit im Bezirk Öhringen spricht, daß dort 597 Stimmen auf ihn entfielen, obwohl er nicht kandidierte. HT Nr. 30 v. 5. 2. 1895.

90 HT Nr. 29 v. 3. 2. 1895.

91 HT Nr. 32 v. 7. 2. 1895.

92 HT Nr. 35 v. 10. 2. 1895.

93 HT Nr. 37 v. 13. 2. 1895.

94 HT Nr. 35 v. 10. 2. 1895.

95 HT Nr. 34 v. 9. 2. 1895.

2626, Blezinger 1923 Stimmen; die ländlichen Wähler hatten mehrheitlich für Hartmann gestimmt⁹⁶. Dessen Wahlsieg fiel mit einem Triumph seiner Partei zusammen, die nun mit 31 Abgeordneten stärkste Fraktion in der zweiten Kammer wurde und sich anschickte, eine neue Rolle zu übernehmen.

Parlamentarisches Wirken – Rücktritt von der politischen Bühne

Die Deutsche Volkspartei, der Zusammenschluß der süddeutschen, jedoch überwiegend württembergischen Demokraten, erreichte im Reichstag mit 10 bis 12 Abgeordneten nicht einmal Fraktionsstärke. Erst die Fraktionsgemeinschaft mit der Freisinnigen Volkspartei Eugen Richters seit 1893 sicherte ihnen die Mitwirkung in Ausschüssen und eine befriedigende Nutzung des Rederechts⁹⁷. Wie sie die Reichstagstätigkeit einschätzten beschrieb der »Wegweiser«: Der Reichstag besitze in seiner großen Mehrheit ein »reaktionäres Gesicht . . . Von den Konservativen bis zu den Nationalliberalen geht der rückläufige Zug, und zwar nicht nur in politischen Fragen und auf dem wirtschaftlichen Gebiet sondern – was als die traurigste Erscheinung bezeichnet werden muß – im gesamten geistigen Leben der deutschen Nation«⁹⁸. Das Wilhelminische Reich war für sie ein »Militärreich«, dessen Staatsschiff »mit Voldampf« zurückfahre⁹⁹. Die Übernahme eines Reichstagsmandates galt wegen des Fehlens von Diäten als »schweres Opfer« – so hatte es das Wahlkomitee Hartmanns formuliert^{99a}. 1893 konterte Hartmann den Vorwurf, von achtzehn Abstimmungen nur sieben beigewohnt zu haben damit, daß er bei wichtigen Gegenständen »niemals das Opfer« einer Reise nach Berlin gescheut, bei »unfruchtbaren Verhandlungen« allerdings die Anwesenheit im Landtag vorgezogen habe¹⁰⁰. Hier wird deutlich, daß die föderalistisch gesinnten Demokraten letztlich der Landtagsarbeit mehr Gewicht beimaßen.

Während die Parteiführer Payer und C. Haußmann den Löwenanteil der volksparteilichen Auftritte im Reichstag bestritten, hielt Hartmann dort nur eine einzige, allerdings vielbeachtete Rede. Das Haller Tagblatt, das sein Plädoyer für den deutsch-russischen Handelsvertrag am 1. März 1894 im Wortlaut veröffentlichte¹⁰¹, bestätigte ihm nicht nur, seinen bisherigen Ansichten treu geblieben zu sein, sondern auch, daß die Rede »im Reichstag Eindruck gemacht« habe. Das Blatt zitierte ausführlich die nationalliberale Kölner Zeitung, die hervorgehoben hatte, daß hier »ein wirklicher Bauer, kein Renommierbauer« aufgetreten war. Hartmann habe »sehr fließend« und für eine Jungfernrede bemerkenswert ruhig gesprochen. Schließlich äußerte die Kölner Zeitung den Wunsch, mehr solcher Volksvertreter im Reichstag zu finden.

96 HT Nr. 40 v. 16. 2. 1895.

97 Simon (wie Anm. 32), S. 76f.

98 Der Wegweiser . . . 1896, S. 20.

99 Der Wegweiser . . . 1897, S. 16f.

99a HT Nr. 127 v. 3. 6. 1893.

100 HT Nr. 135 v. 13. 6. 1893.

101 HT Nr. 52a v. 4. 3. 1894. Die Berichterstattung in HT Nr. 52 vom gleichen Tag.

Hartmann bestritt zunächst der Rechten des Hauses, alleinige Vertreter bäuerlicher Interessen zu sein. Diese Ehre nehme er als Repräsentant eines überwiegend ländlichen Wahlkreises auch für sich in Anspruch. Anschließend rechnete er scharf mit den Vertretern des Bauernbundes (Bund der Landwirte) ab, die eine reichsweite Kampagne gegen die Zoll- und Handelspolitik der Regierung Caprivi inszeniert hatten. Von der von ihnen behaupteten »großen Erregung« über den russischen Handelsvertrag habe er nichts verspürt. »Nicht eine einzige landwirtschaftliche Korporation« habe ihn aufgefordert, den Vertrag zu verwerfen, »und so viel mir bekannt ist, ist das auch keinem meiner Freunde passiert.« Sarkastisch fuhr er fort: »Wenn unsere Bauern hören, daß viele Herren, die an der Spitze des Bundes stehen ... die Nachkommen der einstigen Feudalherren sind, so vergeht ihnen die Lust, einzutreten, sie wollen von einer derartigen Bewegung überhaupt nichts wissen.« Die Lage der Landwirtschaft hätte sich zweifellos drastisch verschlechtert, »wenn man in den heutigen Zeiten des Weltverkehrs sich mit einer chinesischen Mauer umgeben würde.« Die derzeitigen Getreidezölle wirkten nur »als Finanz- und Ausgleichszölle«; wolle man sie im Sinne der Agrarier in Schutzzölle umwandeln, d. h. enorm erhöhen, so hätte dies eine Brotverteuerung mit ganz negativen Auswirkungen zu Folge.

In einer längeren, von großer Sachkompetenz zeugenden Passage erläuterte Hartmann dann die besonderen Verhältnisse der süddeutschen Landwirtschaft. Für diese sei eine Erhöhung der Produktionsfähigkeit weitaus »nützlicher als alles Rufen nach hohen Getreidezöllen«. Den meist kleinbäuerlichen Betrieben müßten Güterzusammenlegungen und Feldwegregulierungen, staatliche Hilfen zu Meliorationen und Be- und Entwässerungen unter die Arme greifen, auch sei die Selbsthilfe in Form von Genossenschaftsmolkereien anzustreben. Ferner gelte – bei gegenseitiger Abhängigkeit von Landwirtschaft und Industrie –, daß letzterer durch die Handelsverträge Absatzmöglichkeiten geschaffen würden, die wiederum positive Auswirkungen auf den landwirtschaftlichen Absatz ausübten. Dieser werde etwa dadurch stimuliert, daß sich die Kaufkraft der Arbeiterschaft erhöhe. Hartmann würzte seine gesamtwirtschaftliche Bilanz mit einer unter »Heiterkeit« registrierten Polemik: Bekanntlich verzehre der Arbeiter sein Geld ja nicht »im Sommer ... in der Schweiz und im Winter in Italien«. Als wirkliche Belastungen seiner Wählerschaft geißelte er »die allzu hohe Militärlast«, also den Entzug von Arbeitskräften, die »verhaßten kostspieligen Versicherungsgesetze« sowie »das den Kleinbauernstand so sehr belastende Branntweinsteuergesetz«.

In seiner abschließenden politischen Bewertung zeigte Hartmann, daß er weit mehr als nur Anwalt bäuerlicher Interessen war. Er entwickelte eine ihn und seine Partei ehrende Zukunftsvision: »Je mehr wir ... die Steine des Anstoßes, die den Verkehr hemmen und die gegenseitigen Interessen der Völker ... schädigen, aus dem Weg räumen, um so mehr wird es dann ... einmal möglich sein, auf politischem Gebiet jeden Anlaß zu Reibereien und Streit zu vermeiden«. Die Annahme des Handelsvertrages biete Gelegenheit, »die längst ersehnten Friedens-

bestrebungen nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch wirken zu lassen...«¹⁰².

Im Stuttgarter Landtag meldete sich Hartmann bei zahlreichen Themen zu Wort. Zwar galten seine Reden hier überwiegend landwirtschaftlichen Fragen, er äußerte sich jedoch auch zu politischen Gegenständen und verfocht schließlich die Belange seines Wahlbezirks. Immer wieder setzte er sich für die Interessen des kleinen und mittleren Bauernstandes ein. Anlässlich eines Plädoyers für die Steuerbefreiung der Privatbierbrauer kritisierte er erneut die durch Reichsgesetzgebung geregelte Branntweinbesteuerung als bauernfeindlich¹⁰³. Während der Beratung des Nachbarrechtsgesetzes brachte er einen Antrag auf Änderung des Regierungsentwurfes mit dem Ziel ein, die bisherigen umfassenden Rechte der großen Waldbesitzer, des Staates und des Adels, zu beschneiden. Nicht länger mehr dürfe mit dem Waldbesitz ein »unangreifbares Privileg« verbunden sein, die Kammer sei daher aufgerufen, »eine sozialwirtschaftliche That« im Interesse der Bauernschaft zu vollbringen. Auf die scharfe Erwiderung des Innenministers, der Hartmanns Antrag als Eingriff »in die Eigentumsphäre« sowie als »Negation, wie sie stärker nicht gedacht werden kann«, zurückwies, entgegnete Hartmann selbstbewußt, die Stimmung seiner Öhringer Wähler zum Ausdruck gebracht zu haben. »Kein Bezirk hat mehr Veranlassung«, auf einen »Wandel« zu hoffen als jener mit seinen zahlreichen hohenlohischen Herrschaften¹⁰⁴. Der »Wegweiser« kommentierte das Scheitern der Initiative scharf als ein Zurückweichen der Regierung und der Kammermehrheit vor der »Adelskammer«. Diese habe damit erneut bewiesen, »wie schädlich ihr Bestand den Volksinteressen« sei¹⁰⁵.

1896 sprach sich Hartmann in einer längeren Rede gegen das von der Regierung vorgelegte Gesetz zur Besteuerung des Kunstweins aus. Mit zahlreichen Argumenten wies er sich als Kenner sowohl der Produktions- als auch der Konsumverhältnisse aus und bezeichnete den Entwurf als »Fata Morgana«. Er sei »gleichbedeutend mit der Aufgabe des Obstmostausschanks in öffentlichen Lokalen« und greife »tief in das wirtschaftliche Leben verschiedener ... Stände ein«¹⁰⁶. Als im folgenden Jahr darüber debattiert wurde, ob ein dem Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften gewährtes Staatsdarlehen abgeschrieben oder zurückgefordert werden sollte, sprach er sich dagegen aus, »den Staat als Lückenbüßer einzustellen«. Obwohl ein Freund des Genossenschaftswesens, kritisierte er »leichtfertiges Geschäftsgebaren« des Verbandes und warnte vor einem Präzedenzfall. Zwar gelte es, der »notleidenden« Landwirtschaft zu helfen, dies dürfe jedoch nicht »zum Schaden der Allgemeinheit« erfolgen¹⁰⁷. Hartmanns Haltung macht deutlich, daß einseitiges Funktionärsdenken ihm fremd war. Ganz ähnlich argu-

102 Stenogr. Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, IX. Legislaturperiode, II. Session 1893/94, 2. Bd. (Berlin 1894), 1505–1508.

103 Verhandlungen d. Württ. Kammer der Abgeordneten (LT), 1893/94, 1. Pr. Bd., S. 120.

104 LT 1893/94, 1. Pr. Bd., S. 283–286.

105 Der Wegweiser ... 1894, S. 39f.

106 LT 1895/96, 3. Pr. Bd., S. 1695–1697.

107 LT 1895/97, 4. Pr. Bd., S. 2290f.

mentierte er während einer Debatte über die Staatsjagden. Angesichts ständig steigender Anforderungen an die Staatsfinanzen plädierte er für höhere Pachten. Gleichzeitig wies er jedoch – nun wieder ganz der »Volksmann« – Tendenzen zurück, Privatleute als angebliche Waldschadensverursacher von der Verpachtung auszuschließen. Sarkastisch betonte er, Privatjäger hätten »keine breiteren Stiefelsohlen ... als die Herren Forstleute«¹⁰⁸.

Während der – schließlich ergebnislosen – Beratungen um die Verfassungsreform im Jahre 1894¹⁰⁹ kritisierte Hartmann ebenso wie seine Parteifreunde den von der Regierung Mittnacht vorgelegten Kompromißentwurf scharf. Dieser habe überall »Erregung ... hervorgerufen ... , eine besondere Vertretung« einzelner Stände widerspreche der Realität, »da seit Bestehen des Deutschen Reiches gerade die Lasten und Pflichten in ungleicher Weise auf den Schultern der Minderbemittelten schwerer drücken als auf denen der Reichen«. Das Volk sei überzeugt, »es solle keine geborenen, sondern nur durch das allgemeine Wahlrecht hervorgegangene Volksvertreter ... geben«. Er sei zudem überzeugt, »daß eben jeder, welcher sich in den Dienst des Volkes stellen will, auch vor das Forum desselben zu treten habe, und da werde ihm jederzeit, je nach Qualifikation, sein Attest schon erteilt werden.« Die Hochschule brauche keinen eigenen Vertreter im Parlament, weil auch die Volksschule keinen habe. Auch »das sittliche und religiöse Bewußtsein in diesem Hause (bedürfe) keiner besonderen Anregung durch die Herren Vertreter der Kirche«, diese hätten »Gelegenheit genug, außerhalb dieses Hauses in weitem Rahmen ihre Thätigkeit geltend zu machen«. Den seiner Partei gemachten Vorwurf, demagogisch für die reine Volkskammer einzutreten, wies er zurück: »Die Agitation« sei den Abgeordneten von den Wählern geradezu »aufgezwungen worden«. Dem politischen Gegner, der Deutschen Partei, prognostizierte er den Verlust des Wählervertrauens, »wenn sie (sich) in dieser Frage nicht auf den richtigen Grund und Boden« stelle – das Wahlergebnis von 1895 sollte diese Vorhersage erfüllen. Hartmann schloß seine Ausführungen mit der Feststellung, sich an keiner Arbeit beteiligen zu wollen, von der es dann heiße: »Meister, dieselbe ist fertig, soll ich sie auch gleich flicken«¹¹⁰. Hartmanns kompromißloses und zugleich warmherziges Eintreten für eine wirklich demokratische Volksvertretung entsprang tiefster Überzeugung – er hatte hier sein politisches Glaubensbekenntnis formuliert. Die Volkspartei veröffentlichte die Reden ihrer Abgeordneten zur Verfassungsfrage in einer im ganzen Land verbreiteten Broschüre¹¹¹; ihr erdrutschartiger Wahlsieg von 1895 war nicht zuletzt auf ihre eindeutige Haltung in der Verfassungsfrage zurückzuführen.

Bei den Beratungen über den Etat des Kultministeriums im April 1897 trat Hartmann für Reformen im Volksschulwesen ein. Zur Besserstellung der Lehrer sei das sogenannte Altersklassenvorrückungssystem erforderlich. Sich gegen die

108 LT 1895/97, 4. Pr. Bd., S. 2526.

109 Vgl. dazu A. E. Adam: Ein Jahrhundert Württembergischer Verfassung, Stuttgart 1919, S. 183 ff.

110 LT 1893/94, 2. Pr. Bd., S. 1244.

111 Die Volkspartei und die Verfassungsrevision im Halbmondsaal, Stuttgart 1894.

geistliche Schulaufsicht wendend, betonte er, daß dieses System eine »mannbare Selbständigkeit« der Lehrer bewirke, »weil sie nicht mehr nötig hätten, nach der Gnadensonne ihrer Vorgesetzten sich zu richten«. Zugleich plädierte er für »mehr Reinlichkeit und Gesundheit« in den Schulen, für kleinere Klassen und eine Reduzierung des »Memorierstoffes«. Schließlich sei Religionsunterricht nur noch von Geistlichen zu erteilen, damit sich die Lehrer ihren »wirklichen Aufgaben« widmen könnten. Die Volksschulen seien durch Staatszuschüsse aufzuwerten, als Zukunftsperspektive gelte es die Errichtung von Mittelschulen mit Fremdsprachenunterricht anzustreben. »Unsere Zeit ... erfordert ... , daß jedem Staatsbürger, insoweit seine Gaben reichen, auch sein Pfund zukommen sollte«¹¹². Hartmann trat mit dieser Aussage klar für die Emanzipation breiterer Volksschichten ein.

Eine weitere Rede galt wiederum einem eminent politischen Thema, der Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Schultheißen. Nachdem er, wie gezeigt, in dieser Frage bereits in eigener Verantwortung gehandelt hatte, lieferte er im Landtag die Begründung. Die »Agitation« dazu sei längst »in Fleisch und Blut des Volkes übergegangen«; er lebe »unter dem Volk« und kenne dessen Stimmung. Bezüglich der Pensionsberechnung der Berufsschultheißen lehnte er eine Besserstellung im Vergleich zur übrigen Beamtenschaft ab, die sogenannten Bauernschultheißen könnten wieder in ihren alten Beruf zurückkehren, sei »doch selbst ein römischer Konsul oder Diktator nach Aufgabe seines Amtes wieder hinter dem Pflug einhergelaufen«. Auch die Befürchtung, für einen älteren Ortsvorsteher sei eine Neuwahl »genant«, wies er mit dem demokratischen Argument zurück, einem pflichtbewußt Handelnden gereiche die Wiederwahl »zur ... hohen Ehre«. Zahlreiche Ortsvorsteher hätten sich zudem ja auch nicht gescheut, bei politischen Wahlen ungeniert einzugreifen¹¹³.

Auf Hartmanns Eintreten für Bezirksinteressen sei nur kurz eingegangen. 1895 forderte er dringend, für »die ärmlichen Räumlichkeiten« des Haller Postamtes Abhilfe zu schaffen. Sein Hinweis auf die allzulange strapazierte »Lammesgeduld der Haller« bewirkte die ministerielle Zusage eines Neubaus in der kommenden Etatperiode¹¹⁴. Als sich dieser Neubau wegen der Platzfrage zu verzögern drohte, forderte er Beschleunigung¹¹⁵. 1897 regte er an, das Salzbergwerk Wilhelmsglück aufzuwerten, die gesamte Salzgewinnung des Staates nach dort zu verlegen¹¹⁶. Umso enttäuschter reagierte er 1900, daß es mit der »Schließung so sehr pressiert« habe und verwies auf die Erregung unter den Betroffenen. Angesichts der noch vorhandenen Salzvorräte hätte man den Betrieb als »Akt der Pietät« gegenüber den Bergleuten zumindest langsamer auslaufen lassen können¹¹⁷. Eine weitere Initiative galt der Schaffung besserer Zugverbindungen zwischen Hall und dem

112 LT 1895/97, 4. Pr. Bd., S. 2459f.

113 LT 1895/98, 7. Pr. Bd., S. 4465f.

114 LT 1895, 2. Pr. Bd., S. 1051f.

115 LT 1895/98, 7. Pr. Bd., S. 4329, 4362.

116 LT 1895/97, 5. Pr. Bd., S. 2948.

117 HT Nr. 131 v. 8. 6. 1900.

Knotenpunkt Crailsheim. Hartmann wies nach, daß die derzeitigen Fahrpläne in Richtung Ulm, Mergentheim und Nürnberg unbefriedigend seien und bat um baldige Abhilfe¹¹⁸.

Die zahlreichen Redebeiträge Hartmanns zeigen, daß der einfache Landwirt zu den rührigen Mitgliedern seiner Fraktion gehörte¹¹⁹. Zwar stand er zwangsläufig – wie das Gros seiner Kollegen – im Schatten der Parteiführer Payer oder der Gebrüder Haußmann, diese waren jedoch praktisch Berufspolitiker. Sein Wirken blieb nicht auf das eines landwirtschaftlichen Experten beschränkt, er war weitaus mehr als nur Interessenvertreter seines Berufsstandes. In seinen Reden bewies er Sachkompetenz und großes politisches Engagement. Seine Sprache war volkstümlich, mitunter belegte er die politischen Gegner mit Spott.

Hartmanns Rückzug aus der Politik erfolgte unfreiwillig. Immer wiederkehrende Magengeschwüre zwangen ihn zur Hofübergabe an seinen Schwiegersohn und nötigten ihm Zwangspausen auf. 1895 etwa berichtete die Lokalzeitung von einer Magenblutung, die Anlaß zu »ernsten Besorgnissen« gebe¹²⁰. Im Sommer 1898 dementierte das Blatt eine Meldung von seinem Ableben, allerdings sei er wiederum an seinem »alten Leiden« erkrankt¹²¹. Unter diesen Umständen mußte Hartmann die ihm 1898 erneut angetragene Reichstagskandidatur ablehnen. Nachdem ein Kandidat im Wahlkreis nicht zu finden war, nominierte die Volkspartei den in Hall aufgewachsenen Professor Hoffmann aus Stuttgart. Hartmann bat seine Wähler, das in ihn gesetzte Vertrauen auf diesen zu übertragen; er sei wie er »Bauernsohn« und kenne die »bedrückten Stände«¹²². Hoffmanns Gegenkandidat, ein vom Bauernbund nominierter und von der Deutschen Partei unterstützter Landwirt¹²³ unterlag schließlich nach heißem Wahlkampf in einer Stichwahl¹²⁴. Hartmann hatte das »demagogische« Auftreten des Bauernbundes heftig kritisiert¹²⁵.

Trotz seiner angegriffenen Gesundheit gehörte er dem Landtag bis 1900 an. Anlässlich der Neuwahlen im Herbst dankte er seinen Wählern für das ihm »in so reichem Maße entgegengebrachte Vertrauen« und bat sie, dieses wiederum auf Hoffmann zu übertragen, seine Krankheit mache ihm eine weitere Mandatsausübung unmöglich¹²⁶. Sein »Herzenswunsch«¹²⁷ ging jedoch nicht in Erfüllung. Erstmals seit 1876 fiel der Haller Landtagssitz wieder an die Deutsche Partei. Mit Hartmanns Rücktritt war im Bezirk Hall eine politische Trendwende eingetreten,

118 LT 1895/97, 5. Pr. Bd., S. 3002f. – Mit einer weiteren Rede kritisierte Hartmann die seit 1849 währende unentgeltliche Unterbringung des Schwurgerichts im Haller Rathaus. HT Nr. 91 v. 20. 4. 1899.

119 Seit 1895 gehörte er der Geschäftsordnungs-, Justizgesetzgebungs- und der Steuerkommission des Landtages an. Der Wegweiser ... 1896, S. 38.

120 HT Nr. 59 v. 10. 3. 1895.

121 HT Nr. 152 v. 3. 7. 1898.

122 HT Nr. 113 v. 17. 5., Nr. 133 u. 134 v. 11. und 12. 6. 1898.

123 HT Nr. 137 v. 16. 6. 1898.

124 HT Nr. 146 v. 26. 6. 1898.

125 HT Nr. 134 v. 12. 6. 1898.

126 HT Nr. 274 v. 23. 11. 1900.

127 Ebd.

die Linksorientierung der Wählermehrheit zu Ende gegangen¹²⁸. Nur um wenige Monate sollte er das Ende seiner politischen Laufbahn überleben. Er verstarb am 13. Juni 1901 in Hall, wo er seine letzten Lebensjahre verbracht hatte¹²⁹.

Schon zu Lebzeiten erfuhr der allzu früh Verstorbene Zeichen des Dankes und der Anerkennung. Der Volksverein Öhringen verlieh ihm 1895 in Würdigung »patriotischer parlamentarischer Tätigkeit« die Ehrenmitgliedschaft¹³⁰ und widerlegte damit das von politischen Gegnern lancierte Gerücht über politische Differenzen. An Neujahr 1899 bedankten sich die vier Volksvereine des 11. württembergischen Wahlkreises mit einem künstlerisch gestalteten Diplom für die »opferwillige« Vertretung im Reichstag sowie seine Tätigkeit im Sinne der Volksvereine¹³¹.

Mehrere Abgeordnete, zahlreiche Parteifreunde sowie ein »großer Trauerkondukt« gaben Hartmann das letzte Geleit, die Volksvereine Hall, Öhringen/Neuenstein und Heilbronn ehrten ihn mit Kränzen. Sein Heilbronner Landtagskollege Betz lobte die »unerschütterliche Ueberzeugungstreue« und den »ausgeprägten Sinn für Gerechtigkeit und Wahrheit«, verbunden mit einer »sprichwörtlichen Freiheitsliebe«. Hartmann, dem seine politischen Gegner »Unbill, Ungerechtigkeit und Weh« zufügten, sei ein »Sendbote jener Klasse des Volkes (gewesen), die nicht zu den oberen Zehntausend« gehörte. Sein Selbstverständnis wie sein politisches Wirken waren damit überaus treffend skizziert.

Auch sein Parteifreund, Kammerpräsident Payer, gedachte in warmen Worten des Verstorbenen. Sein Eintritt in die parlamentarische Laufbahn sei ein »glücklicher Tag« für die Volkspartei gewesen. Während er Hartmanns »natürliche Beredsamkeit« und die »beispiellose Aufopferung« in der Zeit seiner Erkrankung betonte, wies er auf dessen nichtöffentliches Wirken für die Partei hin. Diese habe für »Belehrung« in vielerlei Form zu danken, für das, »was er ... in den Beratungen in den Fraktionen und Kommissionen und in den verschiedenen Ausschüssen zu leisten imstande war«¹³².

Wie angedeutet war Hartmann zweifellos eine der herausragenden politischen Persönlichkeiten unseres Raumes. Für die Zeit des Kaiserreichs wie der Weimarer Republik war er der einzige aus dem Bezirk Hall kommende Reichstagsabgeordnete. Zutreffend bezeichnete ihn das Lokalblatt als richtigen »self-made-Mann«¹³³. Sein umfassendes Sach- und Fachwissen, das sich der Volksschulabsolvent neben seiner Berufsarbeit im Selbststudium aneignen mußte, machte ihn zum geschätzten Ratgeber seiner Partei. Offenbar fungierte er dort als landwirt-

128 Dies entsprach durchaus dem allgemeinen Trend. Seit 1900 gingen die Landtagsmandate der Volkspartei in Württemberg zurück. *Hunt* (wie Anm. 31), S. 70.

129 *Schmidt-Buhl* (wie Anm. 2, S. 101) berichtet, Hartmann sei als Ruheständler während einer Volksversammlung zusammengebrochen; »fast tot« habe er nach Hause gebracht werden müssen. Ein Beleg dafür ließ sich nicht finden.

130 HT Nr. 260 v. 5. 11. 1895.

131 *Schmidt-Buhl* (wie Anm. 2), S. 98f. Dort auch eine Abbildung des Diploms.

132 HT Nr. 139 v. 17. 6. 1901. Mindestens seit 1898 gehörte Hartmann dem 22-köpfigen »weiteren Ausschuß« der Deutschen Volkspartei, also der Reichsorganisation, an. HT Nr. 226 a v. 28. 9. 1898.

133 HT Nr. 137 v. 14. 6. 1901.

schaftlicher Experte, waren doch in den Landtags- und Reichstagsfraktionen der Volkspartei die Landwirte unterrepräsentiert; die Parteiführung bestand aus Juristen.

Friedrich Hartmann verkörperte fast idealtypisch die Ziele der süddeutschen Demokraten. Sein Handeln erfolgte in völliger Übereinstimmung mit dem Parteiprogramm, das 1895 die Volkspartei als Partei des Friedens, des politischen Fortschritts und der wirtschaftlichen Reformen definiert hatte¹³⁴. Sein Einsatz war ein Kampf gegen Privilegien und den Obrigkeitsstaat, für die berufliche und soziale Emanzipation der kleinen Leute. Zum Weltmachtanspruch der Wilhelminischen Gesellschaft, zum »Hurra-Patriotismus« der Etablierten stand er – letztlich an den Idealen von 1848 orientiert – in scharfem Gegensatz. Das Gesellschaftsbild seiner Partei verlor jedoch seit der Jahrhundertwende – mit einer sich zuspitzenden politischen Polarisierung – seine Tragfähigkeit¹³⁵. Hartmann mag den – langfristig verheerenden – politischen Umschwung geahnt haben, warnte er doch immer wieder vor der maßlosen Demagogie des Bauernbundes, jener Gruppierung, die den politischen Antisemitismus in Württemberg etablierte¹³⁶ und die seit Beginn unseres Jahrhunderts – zunächst noch im Verein mit den Nationalliberalen – zur Mehrheitspartei im Bezirk Hall wurde.

Einige Jahre nach seinem Tod konnte ein Zeitgenosse noch schreiben, daß über seinen Reichstagswahlkreis hinaus Hartmanns »Andenken nicht erloschen . . . , das trauernde Erinnern an einen, der emporrage aus seinen Mitbürgern« noch wach sei¹³⁷. Heute ist er jedoch – auch in seiner Heimatgemeinde – völlig in Vergessenheit geraten. Sein früheres Hofgut, der sogenannte Weidnerhof, ist heute zentraler Teil des Hohenloher Freiland-Museums. Dort soll in Zukunft an den »Volkmann« aus Wackershofen erinnert werden.

134 Abgedruckt z. B. im HT Nr. 189 v. 11. 8. 1895.

135 *Simon* (wie Anm. 32), S. 43.

136 *Hunt* (wie Anm. 31), S. 98.

137 *Schmidt-Buhl* (wie Anm. 2), S. 96f.